Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/765
06.11.2008

Hauptausschuss

57. Sitzung (öffentlich)

6. November 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:25 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung **7**

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD gegen eine Absetzung des TOP 1 - Haushaltsberatungen - aus.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) (s. Anlage) **8**

Gesetzentwurf

der Landesregierung
Drucksache 14/7000

- abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen, gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einzelplan 01 - Landtag **8**

Ergänzende Erläuterungen und Einführungsbericht *(liegen den Mitgliedern des Hauptausschusses vor)*

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7400

zum Änderungsantrag Drucksache 14/7400 **8**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag - in Abwesenheit der Fraktion der FDP - einstimmig zu.

Anschließend nimmt der Ausschuss den Einzelplan 01 - in Abwesenheit der Fraktion der FDP - einstimmig an.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident **8**

Vorlagen 14/1966, 14/2024, 14/2088 und 14/2102

zur lfd. Nr. 1 **9**

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 2 **9**

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 3 **10**

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 4 **11**

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 5 **11**

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 6 **11**

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 7 **12**

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 8 **12**

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Gesamtabstimmung **12**

Der Ausschuss billigt den Einzelplan 02 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Weitere mögliche Änderungsanträge **12**

2 Euregios als Zukunftswerkstatt der Nordwestregion stärken **14**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6952

3 Landesregelungen für alle Kinder - Grenzpendlerlösung für die Nachbarbundesländer ermöglichen **17**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7668

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration)

Der Ausschuss gibt den Antrag einvernehmlich ohne Votum, aber mit der Bitte an den federführenden Ausschuss zurück, vonseiten der Landesregierung die Möglichkeit unbürokratischer, länderübergreifender Regelungen abklären zu lassen.

4 Verschiedenes **20**

a) Sitzung des Ausschusses am 27. November **20**

b) Bedarfssitzung des Ausschusses am 11. Dezember **20**

c) Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz und Weiterbildungsgesetz **20**

d) Landesstelle Unna-Massen **20**

Der Vorsitzende will das Thema für eine der nächsten Ausschusssitzungen vorsehen.

e) „Regierungsviertel“ **21**

Staatssekretär Karsten Beneke (StK) sagt einen schriftlichen Bericht zu. Vorsitzender Werner Jostmeier will mit den Obleuten in der nächsten Zusammenkunft besprechen, ob und wann der Punkt Eingang in die Tagesordnung findet.

f) Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus **22**

Der Vorsitzende wird mit den Obleuten abstimmen, wann eine entsprechende Aussprache im Ausschuss stattfinden soll.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) (s. Anlage)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

- abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen, gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einzelplan 01 - Landtag

Ergänzende Erläuterungen und Einführungsbericht *(liegen den Mitgliedern des Hauptausschusses vor)*

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7400

(im Protokoll wiedergegeben werden nur die Ausführungen, die nicht bereits in den diesem TOP als Anlage beigefügten Anträgen enthalten sind)

zum Änderungsantrag Drucksache 14/7400

Der Ausschuss stimmt dem Antrag - in Abwesenheit der Fraktion der FDP - einstimmig zu.

Anschließend nimmt der Ausschuss den Einzelplan 01 - in Abwesenheit der Fraktion der FDP - einstimmig an.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Vorlagen 14/1966, 14/2024, 14/2088 und 14/2102

Die CDU-Fraktion hält die Anträge der Grünen, so **Ilka von Boeselager,** für schlichtweg unseriös und nur auf Außenwirkung ausgerichtet. Sie hätte von den Grünen, auch wenn für das nächste Jahr Kommunalwahlen anständen, Rücksichtnahme auf die Finanzlage des Landes erwartet. Außerdem stimmten die jeweiligen Antragsbegründungen nicht. In ihren eigenen Oppositionszeiten habe die CDU jedenfalls versucht, sich seriös einzubringen.

zur lfd. Nr. 1

Ilka von Boeselager (CDU) nennt diesen Antrag angesichts der erfolgten Reduzierung der Personalausgaben als erstes Beispiel für die Unseriosität.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke,** unterstreicht die Ausführungen von Ilka von Boeselager, denn während die Grünen von Personalkostensteigerungen sprächen, dokumentiere sich in dem Entwurf 2009 - trotz tariflicher Gehaltserhöhungen - eine Reduktion der Personalkosten.

Zumindest zu Missverständnissen trage die Formulierung „angebliche Stellenreduzierung“ in der Antragsbegründung bei. - Die Staatskanzlei erarbeite mit Sorgfalt die dann korrekt und vollständig vorgelegte Stellenplanung des Einzelplans 02, und diese weise eine „tatsächliche“ Stellenreduzierung aus.

Außerdem gehe die Behauptung von einem großen Stellenzuwachs im Bereich Presse fehl. Über die Jahre gesehen zeige sich vielmehr in dem Beritt des Regierungssprechers ein Sinken der Stellenzahl von früher 68 auf heute nur noch 41.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) ist erfreut, dass der Chef der Staatskanzlei die Existenz der - auch in der Begründung erwähnten - Imagekampagne für den Ministerpräsidenten nicht mehr abstreite.

Die Grünen erachteten vom Grundsatz her ein Agieren des jetzigen Ministerpräsidenten auf Basis der auch seinen Vorgängern gewährten Stellenausstattung für möglich. Diese Ausstattung diene den Grünen als Bemessungsgrundlage für die von ihnen beantragte Ansatzreduzierung. Ein solcher Sparbeitrag scheine angesichts des bei den Grünen aufgekommenen Eindrucks, im Haushalt des Ministerpräsidenten werde mit anderen Maßstäben gemessen als in den übrigen, vernünftig. Und der Stellenzuwachs lasse sich nun einmal nicht wegdiskutieren.

Ilka von Boeselager (CDU) bezeichnet diese Aussagen als nachweislich falsch. Der Organisationsplan Stand 9. Juli 2008 lege ganz klar einen Rückgang der Beschäftigtenzahl im Bereich Presse und MTK von seinerzeit 61 auf 46 dar.

> Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 2

Ilka von Boeselager (CDU) begründet die Ausbringung eines eigenen Titels für die Öffentlichkeitsarbeit mit der Zusammenfassung aller, sonst an verschiedenen Stellten etatisiert gewesenen Ausgaben an dieser einen Stelle.

Wie im Laufe der Beratungen zum Haushalt bereits mündlich erläutert und auch schriftlich aufgeschlüsselt, handelt es sich, so der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**, nicht um einen neuen Ansatz, sondern, um dem Haushaltsgesetzgeber im Sinne der Haushaltsklarheit entgegenzukommen, lediglich um einen neuen Titel, der bisher auf mehrere Titel verteilte Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit bündele, ohne diese Ausgaben insgesamt anzuheben. Er bedaure, dass die Grünen dieses Vorgehen nicht als Beitrag zur Haushaltsklarheit würdigten, sondern stattdessen eine Rückführung zum Status quo ante erbäten, also die Verteilung auf verschiedene Titel.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 3

Die Ausstattung ist aus Sicht der **CDU**-Fraktion nach den Worten von **Ilka von Boeselager** u. a. für Auslandsbesuche sowie für den Empfang ausländischer Staatsgäste in Nordrhein-Westfalen angesichts der Stellung und Bedeutung des Landes erforderlich.

Er wiederhole das in der Aussprache zum Haushalt 2008 Vorgetragene, meint der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke,** wenn er darauf hinweise, dass der Ansatz keine Veränderung erfahren habe. Die Behauptung einer unbegründeten und überdurchschnittlich hohen Ausgabe für die genannte Aufgabe könne er nicht nachvollziehen. In Bayern betrage der entsprechende Ansatz 2,8 Millionen €, in Rheinland-Pfalz bewege er sich, umgelegt auf die Bevölkerungszahl, in demselben Umfang wie in Bayern. In Zeiten exzellenter Repräsentation des Landes Nordrhein-Westfalen Mitte der 90-Jahre hätten sich die Mittel auf 2,6 Millionen DM, sprich: preisbereinigt umgerechnet auf 1,6 Millionen €, belaufen. Damit liege man auf einem für ein großes Land wie Nordrhein-Westfalen mit seinen vielfältigen Verpflichtungen mehr als berechtigten Niveau.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 4

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) stellt einen Zusammenhang her zwischen der in den letzten Jahren erfolgten, nicht sachlich begründeten Erhöhung dieses Ansatzes mit allen anderen gleichgelagerten Ansätzen, die dazu dienten, dass der Ministerpräsident in großem Glanz durch das Land oder in der Welt umherreise. Eine Rückführung der Gelder gemäß der neuen Bescheidenheit hielten die Grünen daher für sehr gut nachvollziehbar. Und nicht zuletzt stände es auch Herrn Dr. Rüttgers gut an, selbst so zu verfahren.

Ilka von Boeselager (CDU) empfindet die Einlassungen ihrer Vorrednerin und den Antrag erstaunlich, ständen doch die Veranstaltungen in der Tradition der Vorgängerregierungen, siehe „Stadttorgespräche“, „Düsseldorfer Gespräche“, „O-Ton Zukunft“, „Stadtspaziergänge“.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 5

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 6

Vorsitzender Werner Jostmeier weist darauf hin, dass der Kulturausschuss bereits über diesen Antrag beraten und ihn mehrheitlich abgelehnt habe.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 7

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

zur lfd. Nr. 8

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke,** betrachtet diese Ausgaben für den Bereich Medien/Telekommunikation für geradezu systematisch zwingend notwendig, denn es gehe darum, durch die Zurverfügungstellung der eigenanteiligen Förderung die im Rahmen der Ziel-2-Programme für Nordrhein-Westfalen akquirierbaren Mittel abzurufen. Unerklärbar bleibe, weshalb die Grünen mit Antrag Nr. 7 forderten, die Gelder für die Filmstiftung aus originären Landesmitteln aufzustocken, andererseits hier aber für einen sehr vergleichbaren Bereich mit Antrag Nr. 8 die Kofinanzierung von EU-Mitteln versagen wollten.

Ilka von Boeselager (CDU) merkt an, dass dieser Antrag auf völliges Unverständnis auch bei den Betroffenen stoßen müsse.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

Gesamtabstimmung

Der Ausschuss billigt den Einzelplan 02 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Weitere mögliche Änderungsanträge

Auf die Frage von **Wolfram Kuschke (SPD)**, ob mit Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen zur dritten Lesung - und damit vermutlich nach Vorlage des Ergänzungshaushaltes - zu rechnen sei, erwidert **Ilka von Boeselager (CDU),** dies wäre durchaus denkbar; im Einzelnen werde darüber noch beraten.

Für denkbar hält dies auch **Ralf Witzel (FDP)**, doch ruhten nicht schon jetzt Anträge in der Schublade. Gespräche liefen, aber es gebe im Augenblick noch nichts Kommunizierbares.

Haushaltsberatungen
Hauptausschuss

Tischvorlage 06. November 2008

Einzelplan 01 - Landtag

a) Änderungsantrag aller Fraktionen Drs. 14/7400

CDU
SPD
FDP
Grüne

b) Gesamtabstimmung Einzelplan 01

CDU
SPD
FDP
Grüne

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
14. Wahlperiode

Drucksache 14/7400

27.08.2008

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haushaltsgesetz 2009

Im Einzelplan 01, Kapitel 01 010 wird folgende neue Haushaltsstelle ausgewiesen:

Titel 712 10	**Anbau für das Landtagsgebäude**
Ansatz	**4,6 Mio. EUR**
VE	**6,9 Mio. EUR (fällig 2010)**

Begründung

Die Haushaltsmittel und die Verpflichtungsermächtigung werden benötigt, um die Baumaßnahme fortzuführen.

Helmut Stahl	Hannelore Kraft	Dr. Gerhard Papke	Sylvia Löhrmann
Peter Biesenbach	Carina Gödecke	Ralf Witzel	Johannes Remmel
und Fraktion	und Fraktion	und Fraktion	und Fraktion

Datum des Originals: 27.08.2008/Ausgegeben: 27.08.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

a) Änderungsantrage der GRÜNEN lfd. Nrn. 1 bis 8

- einzeln aufrufen und abstimmen -

b) Gesamtabstimmung Einzelplan 02

CDU
SPD
FDP
Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2009

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
1	Bündnis 90/Die Grünen	**Kapitel 02 010 Ministerpräsident** **Titel 422 01 Personalausgaben** Reduzierung des Ansatzes **2009** — **Ansatz lt. HH 2008** von 9.023.600 Euro — 9 125 800 Euro um 1.775.600 Euro auf **7.248.000 Euro** **Begründung:** Trotz der angeblichen Stellenreduzierung in der Staatskanzlei sind die Personalausgaben in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich angestiegen. Dies ist unter anderem auf die Schaffung von neuen Stellen für die Imagekampagne des Ministerpräsidenten zurückzuführen, da die neuen Stellen vor allem im Aufgabenbereich "Presse und Medien" angesiedelt werden. Die Aufgaben der Staatskanzlei könnten mit dem bei Regierungsantritt vorhandenen Personal bewältigt werden. Eine Reduzierung auf den Stand 2005 ist daher gerechtfertigt.	CDU SPD GRÜNE FDP

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2009

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/...

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
2	Bündnis 90/ Die Grünen	**Kapitel 02 010 Ministerpräsident** **Titel 531 20 013 Öffentlichkeitsarbeit des Ministers für Bundesangelegenheiten ...** Reduzierung des Ansatzes/der VE **2009** **Ansatz lt. HH 2008** von 24.000 Euro 0 Euro um 24.000 Euro auf 0 Euro <u>Begründung</u>: Ein eigener Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit ist nicht notwendig.	CDU SPD GRÜNE FDP

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02 im Hauptausschuss zum Haushaltsgesetz 2009

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/ en)	Antra	Abstimmu s-ergebni
3	Bündnis 90/ Die Grünen	**Kapitel 02 010** Ministerpräsident **Titel 541 10** Repräsentation der Landesregierung Reduzierung des Ansatzes 2009 / Ansatz lt. HH 2008 von 1.500.000 Euro / 1500.000 Euro um 500.000 Euro auf 1.000.000 Euro **Begründung**: Der Ansatz war 2006 im Jahr des Landesjubiläums überdurchschnittlich erhöht worden; die Erhöhung wurde 2007 und 2008 nicht zurück genommen, sondern soll für 2009 überrollt werden. Die Repräsentationsausgaben übersteigen jedes normale Maß und müssen wieder auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden.	CDU SPD GRÜNE FDP

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2009

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/...

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
4	Bündnis 90/ Die Grünen	**Kapitel 02 010 Ministerpräsident** **Titel 541 30 Veranstaltungen des Ministerpräsidenten** Reduzierung des Ansatzes/der VE **2009** **Ansatz lt. HH 2008** von 100 000 Euro 100 000 Euro um 50 000 Euro auf 50 000 Euro <u>Begründung</u>: Der Ansatz war 2006 im Jahr des Landesjubiläums überdurchschnittlich erhöht worden, ist in den Folgejahren überrollt worden und muss nun wieder auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden.	CDU SPD GRÜNE FDP

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2009

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
5	Bündnis 90/Die Grünen	**Kapitel 02 010 Ministerpräsident** **TG 60 Wissenschaftliche Beratung** Reduzierung des Ansatzes **2009** **Ansatz lt. HH 2008** von 2.225.000 Euro 2.225.000 Euro um 2.075.000 Euro auf 150.000 Euro **Begründung:** Die Mittel für wissenschaftliche Beratung sind seit 2005 insgesamt mehr als verzehnfacht worden. Das entbehrt jeglicher Grundlage und widerspricht den Grundsätzen sorgsamer und sparsamer Haushaltsführung. Offensichtlich ist die Staatskanzlei nicht in der Lage ihre Geschäfte eigenständig zu führen, sondern lagert Expertise aus. Da im Fachausschuss außerdem in keiner Weise die Sinnhaftigkeit der zusätzlich vorgesehen Mittel für einen geplanten wissenschaftlichen Beirat in Höhe von 1,3 Mio. Euro nachgewiesen werden konnte, sind auch diese Mittel abzusetzen.	CDU SPD GRÜNE FDP

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2009

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
6	Bündnis 90/Die Grünen	**Kapitel 02 062 Kulturförderung** **TG 74 Kultur und Kreative Ökonomie** Reduzierung des Ansatzes **2009** **Ansatz lt. HH 2008** von 1.950.000 Euro 1.100.000 Euro um 850.000 Euro auf 1.100.000 Euro **Begründung:** Bisher liegt kein Konzept vor, wie die Mittel, insbesondere die Zuschüsse an private Unternehmen nachvollziehbar verwendet werden sollen. Eine Rückführung auf den Stand 2008 ist somit angezeigt.	CDU SPD GRÜNE FDP

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2009

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
7	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**Kapitel 02 200 Medien und Telekommunikation** **Titel 682 61 187** **Zuschüsse an die Filmstiftung NRW GmbH** Erhöhung des Ansatzes **2009** / **Ansatz lt. HH 2008** von 9.906.200 Euro / 9.666.200 Euro um 500.000 Euro auf 10.466.200 Euro **Begründung:** Die Rücknahme der Streichung der Filmförderung in NRW sollte analog zur aufwachsenden Kulturförderung konsequent vollzogen werden. Der bisher eingestellte Betrag reicht hier nicht aus. Insbesondere die Digitalisierung stellt für Film und Kino eine technische und finanzielle Herausforderung dar. Insbesondere die Programmkinos in NRW brauchen hier Unterstützung.	CDU SPD GRÜNE FDP

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2009

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
8	Bündnis 90/Die Grünen	**Kapitel 02 200 Medien und Telekommunikation** **Titel 683 00 680** **Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen** Streichung des Ansatzes **2009** **Ansatz lt. HH 2008** von 1.000.000 Euro 0 Euro um 1.000.000 Euro auf 0 Euro **Begründung:** Laut Erläuterung sind die Mittel für Fördermaßnahmen im Rahmen der Cluster-Politik, und hier insbesondere für Wettbewerbe IKT etc. veranschlagt. Der Nachweis über Notwendigkeit und mögliche Alternativen fehlt.	CDU SPD GRÜNE FDP